



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

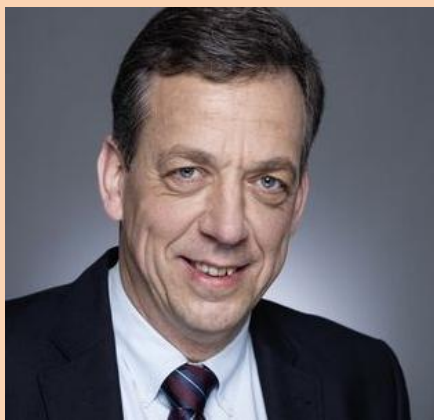
KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Januar 2019

EDITORIAL

Besonderer Start im Landtag



Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt derzeit ein wichtiges Thema im Landkreis Stade, welches Kai Seefried und mich sowohl auf Kreistageebene als auch auf der Landesebene beschäftigt.

Es geht konkret um die enormen Investitionsmittel, welche für die Baumaßnahmen an unseren Elbekliniken GmbH – speziell am Standort Stade – benötigt werden. Hier ist die klare Zuständigkeit beim Land angesiedelt. Die entsprechenden Zusagen/Beschlüsse liegen vor, wurden allerdings von der Realität – exorbitanter Anstieg der Baupreise – überholt.

Deshalb werden wir leider im Verfahren mehrere Monate zurückgeworfen. Daneben haben wir die Situation, dass die an den Elbe-Kliniken beschäftigten Pflegekräfte eine bessere, gerechtere und transparente Entlohnung einfordern. Und dann gibt es noch eine weitere gravierende „Baustelle“, es geht um die Vergütung der Krankenkassen für erbrachte medizinische Leitungen in den Elbe-Kliniken.

Kurzum: Das Thema unserer Krankenhäuser in Stade und Buxtehude wird uns in unserer Arbeit in 2019 überaus stark beschäftigen. Wir setzen uns für optimale Lösungen im Sinne der Patienten und der Beschäftigten ein und ganz besonders weiterhin für eine GmbH in Trägerschaft von Stadt und Landkreis Stade.



Hannover. Mit zwei Besonderheiten hat das politische Jahr in der Landtagsfraktion für unsere Abgeordneten Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried begonnen. So hatte Helmut Dammann-Tamke in seiner Funktion als stellvertretender Fraktionsvorsitzender gleich zu Beginn des neuen Jahres die Gelegenheit, in Vertretung für den Fraktionsvorsitzenden Dirk Toepffer die erste Sitzung der CDU-Landtagsfraktion 2019 zu leiten.



Der Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer konnte sich im Vorwege sicher sein, dass er mit Helmut Dammann-Tamke eine sehr gute Vertretung hatte. Zielgerichtet und souverän übernahm Dammann-Tamke dann auch diese Aufgabe. Seine langjährige Erfahrung in der Landtagsfraktion, aber sicher auch als Vorsitzender der Kreistagsfraktion in Stade war hier eine perfekte Grundlage. Rein zufällig, wie sollte es unter der Regie von Dammann-Tamke auch anders sein, stand die Fraktionssitzung in mehreren Aspekten unter dem Schwerpunkt der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik.

Während der ersten Plenarsitzung im neuen Jahr feierte unser Landtagsabgeordneter Kai Seefried seinen 41. Geburtstag. Aufgrund des zeitlichen Zusammenhangs mit der Plenarwoche wünschte Kai Seefried mit einer „bunten Tüte“ allen Abgeordneten, den Vertretern der Landesregierung und des Landtages einen bunten und versüßten Tag. Mit diesem Einblick in die Besonderheiten des politischen Alltages starten wir mit der ersten Landtagspost in das neue Jahr und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.



Bley: Planungssicherheit für das Handwerk – Meisterprämie bleibt auch nach 2019 bestehen



Hannover. Die von CDU-Wirtschaftsminister Bernd Althusmann im vergangenen Jahr eingeführte Meisterprämie im Handwerk soll auch nach 2019 fortgeführt werden – unabhängig von der geforderten bundesweit einheitlichen Lösung. Darauf hat sich der Wirtschaftsausschuss des Niedersächsischen Landtages nun verständigt. Das Landesprogramm läuft dieses Jahr planmäßig aus, wird von Absolventen jedoch stark nachgefragt. Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD fordern die Landesregierung daher auf, sich zudem auf Bundesebene für die vollständige Übernahme von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren einzusetzen. „Unser Ziel ist die kostenlose Meister-Ausbildung“, sagt Karl-

Heinz Bley, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Mit dieser Entscheidung senden wir ein starkes Signal an alle, die eine Handwerksmeisterausbildung in Niedersachsen beginnen wollen. Auch nach 2019 werden wir die Meisterprämie in Höhe von 4.000 Euro zahlen. Das gibt Planungssicherheit für künftige Meister und auch für Betriebe, die auf Fachkräfte angewiesen sind. Das Handwerk in Niedersachsen bleibt damit attraktiv“, so Bley weiter. Die endgültige Entscheidung über die unbefristete Verlängerung der Meisterprämie trifft der Landtag voraussichtlich in seiner Februar-Sitzung.

Schünemann: Gratulieren neuen Kommissaranwärtern – Deutlicher Stellenaufwuchs dank CDU-Regierungsbeteiligung

Hannover. Einstellungsrekord bei den niedersächsischen Polizeikommissar-Anwärtern: Insgesamt 1.617 jungen Frauen und Männern hat die Landesregierung heute ihre Ernennungsurkunden ausgehändigt. Damit wächst die Zahl der Polizisten aus-scheidungsbereinigt in Niedersachsen um 650. Viel Erfolg bei ihrer Ausbildung wünscht der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann: „In Zeiten zunehmender Gewalt gegen Amtsträger und Staatsbedienstete senden die Anwärtinnen und Anwärter mit ihrer Entscheidung für den Polizeidienst ein wichtiges Signal für den Rechtsstaat. Es macht Mut, dass sich so viele junge Menschen für Recht und Sicherheit einsetzen. Wir gratulieren allen Anwärtern zu ihrer Ernennung und wünschen eine erfolgreiche Ausbildung.“ Die personelle Stärkung der niedersächsischen Polizei war bereits während der Koalitions-verhandlungen 2017 ein Kernanliegen der CDU. „Neue und sich verändernde Bedrohungslagen wie Cyber- und Bandenkriminalität machen einen Stellenaufwuchs unvermeidbar. Wir wollen, dass sich die Bürger sicher fühlen, und das flächendeckend in ganz Niedersachsen“, so Schünemann. „Das Vertrauen in den Rechtsstaat können wir nur aufrechterhalten, wenn er überall präsent und ansprechbar ist.“



Nacke und Meyer: Evaluation der Pflegekammer jetzt vorbereiten – Protest der Pflegenden ernst nehmen

Hannover. Am Mittwoch trafen der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Jens Nacke und Volker Meyer, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Spitzenvertreter des ver.di Landesbezirk Niedersachsen/Bremen. Thema war die Situation der niedersächsischen Pflegekammer und der Protest von zigtausend Pflegenden gegen die Kammer. „Wir freuen uns, dass ver.di zu diesem schwierigen Thema das Gespräch mit uns gesucht hat. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die im Koalitionsvertrag stehende Evaluation der Kammer zügig in die Wege zu leiten, damit das Ergebnis vertragsgemäß bis Juni 2020 vorliegt“, so Nacke. Für den Parlamentarischen Geschäftsführer ist klar, dass diese Evaluation nicht von denjenigen durchgeführt werden kann, die das Kammergesetz geschrieben haben: „Wir brauchen unabhängige Experten, die von außen auf die bisherige Arbeit der Kammer schauen. Die Meinung der Pflegenden darf bei der Evaluation nicht unberücksichtigt bleiben.“ „Der Protest, der Pflegenden gegen die Pflegekammer muss gehört werden. Die zigtausend Pflegekräfte in Niedersachsen haben ein Recht darauf, dass ihre Stimme

zählt. Daher können wir uns durchaus mit dem Wunsch von ver.di anfreunden, im Zuge der Evaluation eine qualifizierte Vollbefragung der Pflegenden in Niedersachsen durchzuführen“, ergänzt Volker Meyer.

Heineking: Verkehrssicherheit und Baustellenmanagement sind Prioritäten unserer Verkehrspolitik



Hannover. Verwundert reagiert der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karsten Heineking, auf die harsche Kritik der FDP am Baustellenmanagement in Niedersachsen: „Nachdem wir gemeinsam jahrelang den Stillstand im Straßenbau beklagt haben, ist den Liberalen der Modernisierungsturbo der Landesregierung nun auch nicht recht.“ So seien im Landeshaushalt 2019 nicht nur beim Straßenbau, sondern auch bei Planungsleistungen Höchstwerte erreicht worden. Zu einem der ersten Anträge der Regierungskoalition Anfang 2018 gehörte ein Vorstoß zur Verkehrscoordination und zum Baustellenmanagement. „Die FDP weiß genau, dass diese Maßnahmen

nicht über Nacht realisierbar sind“, betonte Heineking. Geradezu zynisch sei die Forderung nach 24-Stunden-Baustellen im Schichtbetrieb, die die mittelständische Tiefbaustruktur in Niedersachsen vollständig ignoriere. „In den Plenarberatungen zu einem entsprechenden Antrag der FDP im Februar 2018 haben wir diese Tatsache bereits herausgestellt. Das aber hat die FDP offensichtlich bereits verdrängt.“ Statt plumper Forderungen, die einer genaueren Überprüfung nicht standhalten, sollte die FDP die Bemühungen der Koalition unterstützen, die niedersächsischen Straßen zu ertüchtigen und wichtige Projekte des Bundesverkehrswegeplans umzusetzen. In einer Anhörung in der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses geht es um eine Verbesserung der Verkehrssicherheit im LKW-Verkehr. „Im Logistik- und Transitland Niedersachsen sorgt ein sicherer LKW-Verkehr für weniger Unfälle und weniger Staus. Das ist Verkehrspolitik aus einem Guss“, so Heineking.

Thiele: CDU setzt mit Schuldenbremse konsequente Haushaltspolitik fort – keine Politik zu Lasten nachfolgender Generationen

Hannover. „Die Koalition in Niedersachsen aus CDU und SPD garantiert mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die niedersächsische Landesverfassung einen dauerhaften Schuldenstopp. Wir setzen damit unsere generationengerechte Haushaltspolitik konsequent fort. Der Dank der CDU-Landtagsfraktion gilt vor allem Finanzminister Reinhold Hilbers, der bereits in seinem ersten Amtsjahr in den Abbau von Altschulden eingestiegen ist und mit dem Haushalt 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung 2018-2022 erstmals seit Jahrzehnten eine dauerhaft strukturell ausgeglichene Finanzplanung vorgelegt hat, die ohne Schuldenaufnahme, Veräußerungserlöse und Rücklagen-entnahmen auskommt. Die Große Koalition in Niedersachsen hat zugleich die Investitionen erhöht, die verdeckte Verschuldung des Landes beendet sowie vorsorgende Sondervermögen für zukünftige Investitionen aufgebaut. Das Land ist finanzpolitisch damit auf einem guten Kurs! Mit der niedersächsischen Schuldenbremse gehen wir nun den nächsten wichtigen Schritt für einen dauerhaften Schuldenstopp. Wir wappnen uns damit auch für die kommenden Jahre, in denen sich niedrigere Wachstumsraten und damit geringere Einnahmezuwächse des Landes abzeichnen. Unsere Botschaft ist klar: Wir gehen mit dem Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll um, und wir machen keine Politik zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder.“



Bäumer: Ende mit der elenden Verbotskultur – Brauchen Innovationen, technologisch-offene Debatte und ein Moratorium

Hannover. „Wo Ideologie unterwegs ist, da braucht man keine Fakten. Da reichen willkürlich gezogene Grenzwerte, um eine ganze Volkswirtschaft an den Rand des Wahnsinns zu treiben“, erklärte Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, zu Beginn der aktuellen Stunde über Dieselfahrverbote und Stickoxidgrenzwerte im Landtag. „Die ganze Debatte führen wir, weil die Autos den

Grenzwert von 40 mcg pro Jahr nicht einhalten. Dabei gilt für Büros ein Grenzwert von 60mcg und für Arbeitsplätze in der Industrie ein Grenzwert von 950 mcg“, so der Fahrer eines Elektroautos weiter. Selbst Lungenärzte vom Fachverband DGP kritisierten, dass ´die Grundtatsachen der Biologie in dieser Debatte leider missachtet werden´. „Die Luft in Deutschland ist so sauber wie seit Jahrzehnten nicht. Deshalb ist die aktuelle Diskussion um Feinstaub, schärfere Grenzwerte für Kohlendioxid, die Dieseltechnologie und damit verbundenen Fahrverbote technologisch, umweltpolitisch und beschäftigungspolitisch unverantwortlich“, so Bäumer. Die Luftmessungen müssten daher überprüft werden und statt Fahrverboten müsste es ein Moratorium geben. „Wir als CDU in Niedersachsen setzen auf eine kluge Politik. Auf eine Optimierung des fließenden Verkehrs, den Ausbau der digitalen Verkehrssteuerung, die Umrüstung der Fahrzeugflotten, Leasingfahräder für den öffentlichen Dienst sowie die Weiterentwicklung von ÖPNV- und Carsharing-Konzepte“, so der Umweltpolitiker. Verkehr und die Emissionen sollten ganzheitlich bewertet und nicht nur isoliert auf einzelne Schadstoffwerte gestarrt werden. „Daher fordern wir Schluss mit der elenden Verbotskultur. Wir brauchen technische Innovationen, eine technologie-offene Debatte und ein Moratorium anstelle von Fahrverboten“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Althusmann: Ein ehrliches, herzliches und lautes Ja zu Europa

Walsrode. Mit einer europapolitischen Grundsatzrede des Landesvorsitzenden hat die CDU in Niedersachsen ihre Klausurtagung in Walsrode beendet. Dr. Bernd Althusmann warb in seiner Rede für die europäische Idee. Gleichzeitig warnte er vor einer überbordenden Bürokratie und einem Übermaß an Bevormundung. „Das Beispiel der Abgas-Grenzwerte zeigt, dass manche Vorgaben aus Brüssel durchaus zu hinterfragen sind. Die Feinstaub-Produktion von drei Zigaretten ist zehnmal so hoch wie jene, die am Auspuff eines alten Euro-3 Diesel eine halbe Stunde lang gemessen wurde“, so Althusmann. Das meiste laufe aber gut: „Gerade Politik muss das von Zeit zu Zeit auch immer wieder deutlich machen. Wir müssen eine positive Stimmung transportieren – ein ehrliches, herzliches und lautes Ja zu Europa!“.



Zuvor hatte der CDU-Landesvorstand bereits einen Wahlauf Ruf zur Europawahl eingebracht, der am 2. April auf einem kleinen Parteitag beschlossen werden soll. Darin sprechen sich die Christdemokraten für ein kommunalfreundliches Europa aus. Die kommunale Selbstverwaltung müsse geachtet werden und das Subsidiaritätsprinzip müsse gelten. Die Vergemeinschaftung von Schulden wird abgelehnt. Ein neues Steuerrecht soll dafür sorgen, dass Internetkonzerne ihre Steuern dort zahlen, wo sie auch ihre Gewinne erwirtschaften. Digitalisierungsprojekte sollen verstärkt gefördert werden und die Jugendarbeitslosigkeit in der

Europäischen Union bekämpft werden. David McAllister, Spitzenkandidat der Niedersachsen-CDU zur Europawahl, betonte: „Europa ist der Garant für Frieden und Wohlstand. Diese Wertegemeinschaft sorgt für unsere soziale Sicherheit und unsere Freiheit!“. Bereits am Samstagmorgen konnten die Christdemokraten Friedrich Merz begrüßen. Er stellte seine Vision von einer neuen Wirtschaftspolitik für Niedersachsen vor: „Wir müssen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern vertiefen. Darin liegt unsere Zukunft. Warum bringen wir gemeinsam mit Frankreich keinen Digital-Airbus auf den Weg?“.

Der österreichische EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Dr. Johannes Hahn, diskutierte mit David McAllister, Jens Gieseke und Lena Düpont, alle CDU-Kandidaten zur Europawahl, über die Bedeutung der Wahl. „Wenn wir mehr Einigkeit in Europa erreichen, haben wir auch mehr Einfluss in der Welt“, sagte er.

Der Generalsekretär Kai Seefried stellte das parteiinterne Programm „Meine CDU 2022“ vor. „Unser Ziel als Niedersachsen-Partei ist es, für jede Region in Niedersachsen einen Zukunftsplan zu entwickeln. Das geht nur gemeinsam mit unseren Mitgliedern vor Ort“, so Seefried.

CDU in Niedersachsen beschließt 5-Punkte-Plan für Mobilität und Luftreinheit

Walsrode. Die CDU in Niedersachsen hat auf ihrer Klausurtagung in Walsrode einen 5-Punkte-Plan für Mobilität und Luftreinheit in Niedersachsen verabschiedet. Unter dem Titel „Innovation statt Verbotskultur“ plädieren die Christdemokraten für mehr Sachlichkeit in der Debatte um Schadstoffemissionen. „Die Luft in Deutschland ist heute so sauber wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Bei der Diskussion um Schadstoffemissionen und Fahrverbote muss das Ziel immer ein vernünftiger Dreiklang aus umweltpolitischen, technologischen und beschäftigungspolitischen Erwägungen sein“, stellt Dr. Bernd Althusmann, Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, klar. Die niedersächsische CDU fordert die Bundes-



regierung daher auf, eine wissenschaftliche und interdisziplinär besetzte Kommission einzusetzen, die die bestehenden Stickoxid-Grenzwerte überprüft. Eine abschließende toxikologische Bewertung soll die tatsächliche Gesundheitsgefährdung der Menschen klären. Darüber hinaus müssen die Messstellen in Deutschland schnellstmöglich überprüft und gegebenenfalls neu positioniert werden. Dafür muss es einheitliche europäische Standards geben, die überall angewendet werden. Fahrverbote verstoßen aus Sicht der CDU in Niedersachsen gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip und sind ein schwerwiegender Eingriff in den Individualverkehr. Deswegen sollte anstelle von Fahrverboten ein Moratorium gewährt werden. Gleichzeitig sollen Maßnahmen zur Luftreinheit gefördert werden. Die Christdemokraten setzen sich in diesem Zusammenhang beispielsweise für Leasingfahrräder im öffentlichen Dienst ein. Abschließend heißt es im Beschluss: „Die Technologiefrage darf nicht durch politische Grenzwerte entschieden werden. Entscheidend ist, welche Technologie zu welchem Zeitpunkt die sinnvollste ist.“ Unter Berücksichtigung der Emissionen aus der Produktion und dem Recycling von Lithium-Ionen-Batterien sind diese zum jetzigen Zeitpunkt nicht umweltfreundlicher als Verbrennungsmotoren. Die CDU in Niedersachsen fordert, technologieoffen zu denken und verstärkt in die Materialforschung und die Entwicklung moderner Antriebstechnologien zu investieren.

Koch: „Gesundes und bewusstes Essen dürfen für unsere Kinder und Erwachsenen keine Fremdworte sein“



Hannover. „Leider fehlen in unserer Gesellschaft vielfach Alltagskompetenzen, wenn es um gesunde Ernährung geht und das Drama ist, dass die Nachkommen quasi keine Chance haben, das Wissen darüber zu erwerben“, erklärte Veronika Koch, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

In der Debatte um gesundes und bewusstes Essen wies sie darauf hin, dass der CDU und der zuständigen Verbraucherschutzministerin Otte-Kinast eine gesunde Ernährung am Herzen liegen: „Wir wollen, dass die Menschen gesunde Lebensmittel und deren Verarbeitung kennenlernen. Ebenso die Wertschätzung der Lebensmittel und der damit verbundenen Berufsbilder Haus- und Landwirtschaft“.

Dies würde mit dem Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft in Niedersachsen (ZEHN) erreicht werden: „Mit dem ZEHN wollen wir den Defiziten entgegenwirken und präventiv Einfluss nehmen, damit unsere Kinder künftig nachhaltig gesünder werden, damit weniger Lebensmittel auf dem Müll landen und unsere Landwirte und Hauswirtschafter wieder den Respekt erfahren, der ihnen zusteht. Schlussendlich geht es darum, dass gesundes und bewusstes Essen für unsere Kinder und Erwachsenen keine Fremdworte sind.“

TERMINE KAI SEEFRIED

28. Januar 19.00 Uhr

Jahresauftakt 2019 der CDU Stade

30. Januar 9.00 Uhr

Gespräch mit der Kassenärztlichen
Vereinigung Niedersachsen in Stade

31. Januar 17.30 Uhr

After Work-Talk mit Justizministerin
Havliza und Sönke Hartlef in Stade

1. Februar 19.30 Uhr

Jahreshauptversammlung des
Heimatvereins Hüll

4. Februar 14.00 Uhr

Klausurtagung des geschäftsf.
Fraktionsvorstands in Barsinghausen

5. Februar 10.00 Uhr

Klausurtagung des
Fraktionsvorstands in Barsinghausen

14. Februar 14.00 Uhr

Norddeutsche Obstbautage 2019

25. – 26. Februar

Begegnungstag der evang. Kirchen in
Niedersachsen im Kloster Loccum

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

4. Februar 14.00 Uhr

Klausurtagung des geschäftsf.
Fraktionsvorstands in Barsinghausen

5. Februar 10.00 Uhr

Klausurtagung des
Fraktionsvorstands in Barsinghausen

7. Februar 18.00 Uhr

Jahresempfang der Sparkasse
Harburg-Buxtehude in Hamburg

19. Februar 10.00 Uhr

Junglandwirtetag 2019 in Nienburg

19. Februar 16.30 Uhr

Jahresauftakt NLG mbH in Hannover

20. Februar 10.00 Uhr

Kulturdialog mit Minister Thümler in
Buxtehude

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine
kleine Auswahl der Termine der beiden
Landtagsabgeordneten.*

Lechner: Gewalt gegen Sachen und Menschen durch "Tierrechtler" nicht hinnehmbar - Sicherheitsbehörden gut aufgestellt

Hannover. Zu TOP 29b), „Wie kann die ländliche Bevölkerung vor den Anschlägen militanter Tierrechtler geschützt werden?“ (Fragestunde), erklärt der innenpolitische Sprecher Sebastian Lechner: „Wir beobachten die Aktionen militanter Tierrechtsorganisationen in Niedersachsen mit zunehmender Besorgnis. Wie im Fall des Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes schaltet sich auch der Staatsschutz immer häufiger in die Ermittlungen ein. Darüber hinaus wirft der wachsende Kontakt von Tierschutzorganisationen und militanten Tierrechtsgruppen ein fragwürdiges Licht auf die Szene. Für die CDU-Fraktion ist klar: Gewalt gegen Sachen, Tiere oder gar Menschen ist durch nichts zu rechtfertigen – auch nicht durch noch so hehre Ziele beim vermeintlichen Tierschutz. Die Besprechung im Landtag hat gezeigt, dass Niedersachsen gut aufgestellt ist und gerade die Sicherheitsbehörden das Phänomen im Blick haben. Wir tolerieren keine Gewalt, sondern gehen mit der gebotenen Härte dagegen vor.“

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 5186-11

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de